

Geiseln nach sechs Jahren wieder frei

Schlag gegen Rebellen in Kolumbien

Bogotá | **afp** | Bei einem Hubschrauberangriff des kolumbianischen Militärs ist die prominenteste Geisel der Rebellenorganisation FARC, die Franko-Kolumbianerin Ingrid Betancourt, nach sechs Jahren wieder frei. Verteidigungsminister Juan Manuel Santos gab am Mittwoch in Bogotá bekannt, dass zugleich drei US-Bürger und elf andere Geiseln befreit wurden.

„15 Geiseln wurden unbeschadet aus den Händen der FARC befreit“, sagte Santos vor Journalisten in Bogotá. „Wir arbeiten weiter an der Befreiung der anderen Geiseln.“ Er forderte die „aktuelle Führung“ der marxistischen Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) auf, sie solle „die Geiseln freilassen und ihre Leute nicht opfern“.

Betancourt befand sich seit Februar 2002 in der Gewalt der FARC, die drei US-Bürger Marc Gonsalves, Thomas Howes und Keith Stansell wurden seit 2003 festgehalten. Zuletzt verlangte die FARC im Austausch für 39 Geiseln einschließlich Betancourts von der kolumbianischen Regierung die Freilassung von 500 Guerilleros.

Das französische Präsidentschaftsamt bestätigte die Befreiung Betancourts. Präsident Nicolas Sarkozy hatte sich immer wieder persönlich in die Bemühungen zur Freilassung Betancourts eingeschaltet. Betancourts Sohn Lorenzo Delloye sprach in einer ersten Reaktion von einer „riesigen, unbeschreiblichen Freude“. Er könne es gar nicht glauben, dass seine Mutter frei sei, sagte Delloye.

Die FARC ist mit rund 17.000 Mitgliedern die größte kolumbianische Rebellenorganisation. Sie hält noch schätzungsweise zwischen 700 und 1000 Geiseln in ihrer Gewalt.

In den Tag gesprochen

„Es wird so eng sein zwischen Frau von der Leyen und mir, wie es die guten Sitten erlauben.“

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) auf die Frage, wie eng er bei der Finanzierung familienpolitischer Leistungen mit Familienministerin Ursula von der Leyen, (CDU) sei.

URTEIL

Gericht lockert Auflagen für Atomkraftwerk wieder

Die verschärften Vorschriften für das Atomkraftwerk Philippsburg in Baden-Württemberg sind weitgehend rechtswidrig. Das entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Die Auflage, die das Land Baden-Württemberg im März 2005 auf Druck des Bundesumweltministeriums erlassen hatte, sei teilweise zu unbestimmt, befand das Gericht.

Den Vorschriften zufolge hätte das Atomkraftwerk abgeschaltet werden müssen, wenn beispielsweise Grenzwerte überschritten werden oder „wenn nicht nachgewiesen ist, dass Störfälle hinreichend sicher beherrscht werden“. Die EnBW AG als Betreiberin hatte die Bestimmungen als unverhältnismäßig angesehen. (dpa)

Das Datum

3. Juli

» 1608 Der französische Seefahrer Samuel de Champlain gründet Quebec, die Hauptstadt der Kolonie Kanada.

» 1928 Dem Schotten John Logie Baird gelingt in den Londoner Baird-Studios die erste Fernsehübertragung in Farbe.

» 1998 Der Verkauf der britischen Nobelmarke Rolls-Royce an den Automobilkonzern Volkswagen ist perfekt.

Oswald Metzger scheitert an seiner neuen Partei

CDU Die Mitglieder wollen nicht den prominenten Ex-Grünen in den Bundestag schicken, sondern ihren Kreisvorsitzenden. Der Mentalitätskonflikt wird aber nicht offen ausgetragen

VON PETER STÖFERLE

Biberach/Riß In der Biberacher Stadthalle wird in diesen Tagen „Der gestiefelte Kater“ aufgeführt, und darin geht es um die Ungerechtigkeit bei der Verteilung eines Erbes, wo die Mühle dem ältesten Sohn zufällt.

Am Dienstagabend machte das Schützentheater Spielpause. Auf der Bühne ging es darum, wer das Bundestagsmandat von Franz Romer erben sollte, der 2009 nicht mehr antritt, denn eine Kandidatur für die CDU ist im einst „schwärzesten“ Wahlkreis der Republik hinreichende Voraussetzung, um Abgeordneter zu werden. Unter den fünf Bewerbern setzte sich der Landwirtschaftsmeister Josef Rief aus Kirchberg/Iller durch; er kann die meisten Jahre in der Partei vorweisen. Sein prominenter Gegenkandidat Oswald Metzger, der mit den Grünen im Streit um deren „Wolkenkuckuckshaus-Sozialpolitik“ gebrochen hat und erst drei Monate der

Zur Person

Der sparsame Schwabe



Josef Rief ist in der Biberacher CDU eine feste Größe. Der 48-Jährige ist seit über 30 Jahren aktiv in seiner Partei.

Mehr als 30 Jahre ist Josef Rief bereits in der CDU aktiv. Der gebürtige Illertisser engagierte sich als Kreisvorsitzender (seit 1999) vor allem für die Ansiedlung der Industrie im Kreis Biberach. Jetzt hat der Kreis eine blühende Industrie und geringe Arbeitslosenzahlen (2,1 Prozent). Dabei hat Biberach nie über seine Verhältnisse gelebt. „Ich kann von der Philosophie aus Biberach etwas nach Berlin bringen“, sagt der Landwirt und stellvertretende Vorsitzende des Bauernverbandes Biberach. Wichtig sei ihm, dass man nicht mehr ausgibt als man einnimmt. „Das ist im Blut“, sagt der 48-jährige sparsame Schwabe.

Der Vater von drei Kindern will sich dafür einsetzen, dass auch andere Familien mehr Kinder haben können. „Da muss man finanziell etwas tun.“ (dpa, AZ)

CDU angehört, sah nach seiner „persönlichen Schicksalswahl“ die „Chance auf eine Rückkehr in den Bundestag gleich null“.

Es hat sich derjenige durchgesetzt, der aufgezählt hat, in welche Orte des Wahlkreises er welche Verbindungen pflegt und der von sich sagt, er „stehe für Verlässlichkeit statt Beliebigkeit, Zeitgeist und Wankelmüt“ – gegen jenen, der in Berlin vernetzt ist, der sich in Fernsehstudios mindestens so wohl fühlt wie in Nebenzimmern, und der ein bundesweites Medieninteresse für eine Nominierungsversammlung zur Wahl 2009 ausgelöst hat.

Doch genau dies könnte der Grund dafür sein, dass Metzger an seiner neuen Partei gescheitert ist. Als er nach 0.30 Uhr, im dritten Wahlgang mit 42 Prozent unterlegen, von Journalisten umringt ist und sich fragen lassen muss, wie er sich nun seine politische Zukunft

„In Oberschwaben ist der Parteicharakter schon noch sehr ausgeprägt.“

CDU-Landesgruppenchef Georg Brunnhuber

vorstelle, fordern aufgebrachte CDU-Mitglieder den Versammlungsleiter auf, einzuschreiten und dafür zu sorgen, dass die Journalisten „den Sieger feiern“ statt „diesen Schaumschläger“ zu interviewen. Es kam zu Rempelen.

Dabei war man in der Versammlung mit kühler Höflichkeit miteinander umgegangen, denn offene Konfrontation entspricht nicht der oberschwäbischen Mentalität. Man taktiert lieber „hälinga“, wie man in Biberach sagt, hintenrum. So blieb es bei ein paar Spitzen gegen Metzger: Sie „wechselte die Einstellungen zur Partei nicht wie andere die Krautwatte“, sagte die Bewerberin Carmen Bogenrieder; man müsse „wie Franz Romer nahe bei den Menschen“ sein statt „publikumswirksam auf weichen Talkshow-Sofas“ zu sitzen, fand der Bewerber Peter Diesch; Kandidat Rief versprach vor seiner Wahl: „Wo Josef Rief draufsteht, da ist 100 Prozent CDU-Politik drin.“ Soll heißen: und nicht etwa grün. Äußerungen wie im März, Metzger sei „nicht willkommen“, fielen nicht mehr – das habe er ja alles längst gesagt und daran habe sich nichts geändert, erklärte Romer gegenüber unserer Zeitung.

Metzger habe „von Anfang an keine echte Chance gehabt“, sagte



Die Talkshow-Sofas bleiben ihm, doch den Sitz im Bundestag will die CDU-Basis dem Ex-Grünen Oswald Metzger nicht zubilligen. Metzger kam mit elf Stimmen Vorsprung in die Stichwahl – und scheiterte dort mit 398 zu 552 Stimmen. Foto: dpa

CDU-Landesgruppenchef Georg Brunnhuber am Mittwoch gegenüber unserer Zeitung. „Im oberschwäbischen Biberach ist der Parteicharakter schon noch sehr ausgeprägt; da kann keiner einfach herkommen und sagen, ich werde Mitglied und kandidiere für den Bundestag.“ In einer Großstadt wie Freiburg hätte es Metzger vielleicht geschafft, vermutet Brunnhuber.

Oswald Metzger ist sicher: Das Ergebnis wäre zu seinen Gunsten ausgefallen, wenn nicht nur Parteimitglieder, sondern alle Bürger die Kandidaten aufstellen dürften. Dem nominierten Parteifreund gibt er eine sehr doppelbödige Anerkennung mit auf den Weg nach Berlin: „Rief wird ein CDU-Abgeordneter sein, der zu Oberschwaben passt.“

Kommentar VON PETER STÖFERLE
» ps@augsburger-allgemeine.de

Biberacher Kreisliga

Es war Kreisliga gegen Bundesliga, und die Kreisliga hat gesiegt. Der Traum Oswald Metzgers, in die Bundespolitik zurückzukehren, „als CDU-Politiker Oskar Lafontaine den Mund zu stopfen“ und vermutlich auch mit seiner früheren Partei, den Grünen, abzurechnen, ist ausgeträumt. Er wird Polit-Vortragsreisender bleiben, und er darf zumindest hoffen, dass die Medienaufmerksamkeit für diesen Comeback-Versuch seinen „Marktwert gesteigert“ hat.

Von diesem Marktwert hätte auch die CDU profitieren können – aber Auftritte, wie Metzger sie bietet, schätzt man nicht in Oberschwaben. „Der Metzger ist scho‘ recht, aber in der falschen Partei“, hieß es früher; da hat er sogar zeitweise die SPD überflügelt. Jetzt ist er in der „richtigen“ Partei, aber nicht der richtige Mann für deren Mentalität. Grüne Ideen bei den Schwarzen – das hätte politischen Reiz gehabt. Das geht aber nicht in konservativen Gegenden.

Wählerwille dreht sich ins Gegenteil

Gericht Karlsruhe muss heute über ein Phänomen des Wahlgesetzes entscheiden

VON TILMANN MEHL

Augsburg Deutschland hat zahlreiche Exportschlager: Auf der ganzen Welt genießen deutsche Autos einen guten Ruf, bei Elektrogeräten gilt „made in germany“ noch immer als Qualitätsmerkmal. Auch das deutsche Wahlrecht gilt als internationaler Renner. Die „Personalisierte Verhältniswahl“ nach deutschem Vorbild wurde mittlerweile unter

„Einen Strauß von Lösungsmöglichkeiten angeboten.“

F. Pukelsheim



anderem in Neuseeland, Schottland und Wales eingeführt.

Diese Mischform gilt deshalb als attraktiv, weil durch die Erststimmen ein sogenannter Direktkandidat ins Parlament gewählt werden kann. So soll den Wählern ein persönlicher Bezug zur Politik ermöglicht werden. Die Zweitstimmen entscheiden darüber, wie viele Abgeordnete eine Partei in die Volksvertretung entsenden darf. „Das ist das fairste Wahlrecht, das es gibt“, ist sich Prof. Friedrich Pukelsheim sicher. Er lehrt an der Augsburger

Universität Mathematik und gilt als einer der führenden Wahlrechtsexperten Deutschlands.

Die „Personalisierte Verhältniswahl“ ist fair, hat aber in Deutschland eine Schwäche. Es kann unter Umständen dazu kommen, dass eine Partei einen Sitz im Bundestag abgezogen bekommt, wenn sie eine bestimmte Anzahl an Zweitstimmen übertrifft. „Negative Stimmengewichtung“ wird dieses Phänomen genannt. Das geht so: Wenn eine Partei durch ihre Erststimmen mehr Abgeordnete stellt als ihr durch die Zweitstimmen zustehen würden, entstehen Überhangmandate. Bei seltenen Konstellationen kann es dazu kommen, dass eine Erhöhung der Zweitstimmen insgesamt zu einem Abzug eines Mandats führt. „Das ist ungefähr so, als würde man einer Geliebten Aufmerksamkeit entziehen, damit es ihr besser geht“, sagte Pukelsheim im April bei einer Anhörung dem Bundesverfassungsgericht, das heute über die Rechtmäßigkeit dieser Mandatsverteilung entscheiden muss.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder akzeptiert Karlsruhe das Problem als notwendiges Übel oder die Richter erteilen den Auftrag, das Wahlgesetz zu überarbeiten. „Ich denke, dass es zu einer Novellierung

kommt“, prognostiziert Pukelsheim. Er hatte sich vor Gericht jedenfalls dafür ausgesprochen. Da er als unabhängiger Sachverständiger geladen war, dürfte seiner Argumentation großes Gewicht eingeräumt werden. Zwei Bürger hatten sich an das Verfassungsgericht wegen der vermeintlichen Ungerechtigkeit gewandt.

Friedrich Pukelsheim

Prof. Friedrich Pukelsheim ist einer der führenden Wahl-Experten. Allerdings hätte er es sich zu Beginn seiner Hochschullaufbahn nicht träumen lassen, einmal in die Gesetzgebung einzugreifen. Sein Spezialgebiet ist die Wahrscheinlichkeitsrechnung. Auf den ersten Blick hat das wenig mit Wahlen zu tun. Aber „wenn es sehr viele Stimmen für wenige Mandate gibt, ist das doch sehr wohl ein mathematisches Problem“, sagt er. Auf seinen Forschungsreisen bewegt er sich auch auf anderen Gebieten: So stöberte er in der Bibliothek des Vatikans ein verschollenes Traktat des Philosophen Ramon Llull auf, der im 13. und 14. Jahrhundert auf Mallorca lebte. (time)

Im Jahr 1996 wurde ein ähnlicher Fall vor dem Verfassungsgericht verhandelt. Damals kam es zu einer Patt-Entscheidung. Für eine Novellierung stimmte unter anderem Prof. Winfried Hassemer. Er war zu Beginn der jetzigen Verhandlung Vorsitzender des 2. Senats, also in etwa der Oberrichter. Mittlerweile ist er pensioniert. Neuer Vorsitzender ist Prof. Andreas Voßkuhle. Er hat in Augsburg habilitiert und ist für Pukelsheim kein Unbekannter.

Der Augsburger Wahlexperte („Ich habe dem Gericht einen ganzen Strauß von Lösungsmöglichkeiten angeboten“) hätte im Falle einer Novellierung auch schon einen Vorschlag: Das von ihm entwickelte „Augsburger Zuteilungsverfahren“. Dabei ist für die Parteien lediglich das Ergebnis mit der höheren Sitzzahl wichtig. Erringt sie durch Direktmandate mehr Sitze als durch Zweitstimmen, ziehen alle ins Parlament ein, genauso verhält es sich auch umgekehrt.

Mal sehen, ob das Gericht dem Professor folgt: Zur Verkündung der Entscheidung wird er heute in Karlsruhe sein. Das deutsche Wahlrecht hält er trotz der kleinen Schwäche für sehr gut. „Aber auch ein Premiumprodukt muss gepflegt werden“, sagt er.

Uneins über Sterbehilfe

Politische Debatte

Berlin/Hamburg | **ddp, afp** | Über ein mögliches Verbot von professioneller Hilfe zur Selbsttötung ist eine politische Debatte entbrannt. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) betonte, sie sei „absolut gegen jede Form der aktiven Sterbehilfe“. Sie schloss zusätzliche gesetzliche Schritte nicht aus. SPD-Fraktionschef Struck warnte hingegen vor gesetzlichen „Schnellschüssen“. Auch der Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, Schmidt-Jortzig, sprach sich gegen eine Strafrechtsverschärfung aus. Der Bundesrat will am Freitag über einen Gesetzentwurf zum Verbot von „gewerblicher und organisierter Suizidhilfe“ beraten, den vor allem CDU und CSU unterstützen.

Ausgelöst wurde die Debatte durch den Tod einer 79-jährigen Frau aus Würzburg, der der frühere Hamburger Innensenator Kusch nach eigener Darstellung bei der Selbsttötung half. Die Ermittlungen dauern noch an. Kusch droht möglicherweise die Kürzung oder Aberkennung seiner Pension. Es sei aber „noch nichts in die eine oder andere Richtung entschieden“ und auch „keine Eile“ geboten, sagte der Hamburger Senatssprecher Otto Kusch (53) stünden die Ruhegeldbezüge erst ab dem Alter von 55 zu.